Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

Freitag, 23. Oktober 2026 | Nr. 43 | 68. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
NEIN zur unsozialen MwSt-Erhöhung
von Thomas Matter
Seite 2

Kanton Zürich
Heimat schützen, Identität bewahren
von Domenik Ledergerber
Seite 3

Aktuell
30 Prozent: Möglich, aber kein Selbstläufer
von Sean Burgess
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Klare Marschroute in turbulenten Zeiten
von Benjamin Streit
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Ausblick auf das Wahljahr in Zollikon
Seite 7

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2026

Unsere Feste brauchen keinen Verbotsstaat

Traditionen bewahren, Gemeinden ernst nehmen, das Gewerbe nicht ausbremsen: Gegen die Feuerwerksinitiative steht ein breites bürgerliches Bündnis. Als SVP-Nationalrat sage ich: Rücksicht braucht klare Regeln. Sie braucht aber keinen Staat, der uns bis zum letzten Funken vorschreibt, wie wir feiern dürfen.

Wenn Kinder, Eltern und Grosseltern am 1. August gemeinsam in den Himmel schauen, entsteht etwas, das kein Bundesamt verordnen kann: Gemeinschaft. Bild: Adobe Stock

Am 29. November geht es um mehr als Böller. Die Initiative verlangt ein schweizweites Verkaufs- und Verwendungsverbot für Feuerwerkskörper, die Lärm erzeugen. Das betrifft auch Raketen und Batterien mit farbigen Effekten – einen wesentlichen Teil unseres Festfeuerwerks.

Dagegen engagieren sich Vertreter von SVP, FDP und Mitte sowie des Schweizerischen Gewerbeverbands. Auch Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Diese Vorlage schiesst weit über das Ziel hinaus.

Tradition ist mehr als Dekoration

Wenn Kinder, Eltern und Grosseltern am 1. August gemeinsam in den Himmel schauen, entsteht etwas, das kein Bundesamt verordnen kann: Gemeinschaft. Das Staunen, die Begegnungen im Dorf, der festliche Abschluss eines Vereinsjubiläums – solche Momente verbinden Generationen. Natürlich kann man auch ohne Feuerwerk feiern. Man kann vieles ohne vieles. Daraus folgt noch lange nicht, dass der Staat es verbieten soll.

Unsere Traditionen gehören den Menschen, die sie leben. Nicht einer politischen Erziehungsanstalt, die entscheidet, welche Freude noch zeitgemäss ist. Ich will eine Schweiz, die ihren Bürgern Verantwortung zutraut, statt ihnen bei jeder Gelegenheit eine neue Verbotstafel vor die Nase zu stellen.

Rücksicht ja. Bevormundung nein

Die Befürworter verweisen auf Tierleid, Verletzungen und Umweltbelastungen. Diese Anliegen sind ernst zu nehmen. Wer Tiere unnötig erschreckt, Abfälle liegen lässt oder trotz Trockenheit Feuerwerk zündet, handelt verantwortungslos. Freiheit ist kein Freipass für Dummheit. Doch zwischen gezielten Schutzmassnahmen und einem landesweiten Verbot liegt ein entscheidender Unterschied.

Kantone und Gemeinden können Feuerwerk bereits heute zeitlich und örtlich einschränken, Bewilligungen verlangen und bei Gefahren verbieten. Diese Instrumente müssen genutzt und die Regeln durchgesetzt werden. Eine Altstadt braucht andere Vorgaben als ein geeigneter Festplatz ausserhalb des Dorfkerns. Dafür braucht es Ortskenntnis, keinen zusätzlichen Verfassungsartikel.

Föderalismus ist eine Stärke der Schweiz. Warum sollen Gemeinden weniger entscheiden dürfen, obwohl sie die Verhältnisse am besten kennen? Ein Bundesverbot schafft nicht mehr Vernunft, sondern mehr Bevormundung.

Das Dorffest zählt nicht weniger

Die Initiative lässt kantonale Ausnahmen für Anlässe von überregionaler Bedeutung zu. Sie verbietet also nicht jedes Feuerwerk. Aber sie schafft eine fragwürdige Rangordnung: Der Grossanlass könnte eine Bewilligung erhalten; das lokale Fest ohne überregionale Bedeutung nicht, soweit es um lärmerzeugendes Feuerwerk geht.

Warum soll das Vereinsjubiläum weniger zählen als der grosse Event? Heimat hat keine Mindestbesucherzahl. Und statt lokaler Entscheidungsfreiheit gäbe es für die verbleibenden Ausnahmen Gesuche an den Kanton. Mehr Bewilligungsstaat ist noch kein Fortschritt.

Auch das Gewerbe zahlt die Rechnung

Hinter dem Feuerwerk stehen Fachhändler, spezialisierte Betriebe, Veranstalter und Zulieferer. Ihnen würde ein wichtiger Teil der Geschäftsgrundlage entzogen. Das Nein-Komitee warnt deshalb auch vor Folgen für Arbeitsplätze und gewachsenes Fachwissen. Diese Betriebe sind kein Kollateralschaden, den man für das gute Gefühl eines neuen Verbots einfach abschreiben darf.

> *«Unsere Traditionen gehören den Menschen, nicht einer politischen Erziehungsanstalt.»*

Ich will klare Zeitfenster, sichere Orte, Rücksicht und konsequenten Vollzug. Aber keine Schweiz, in der wir unsere Bräuche nur noch nach staatlichem Geschmack pflegen dürfen. Freiheit mit Verantwortung statt Freiheit auf Gesuch: Darum sage ich am 29. November NEIN zur Feuerwerksinitiative.

Bruno Walliser
Nationalrat SVP
Volketswil

Christoph Mörgeli

Gelogen, dass sich die Balken biegen

Es wird nie so viel gelogen wie vor Bundesratswahlen. Einen eindrücklichen Beweis lieferte die SRF-Sendung «Arena». Da behauptete SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer, sie wolle die SVP-Kandidatin Céline Amaudruz nicht im Bundesrat. Denn die Genferin sei mit einer Hellebarde aufgetreten und habe «uns alle als Gefahr für die Demokratie bezeichnet». Auch gebe es Frauen, «die das Rad der Zeit für die Sache der Frauen zurückdrehen».

In Wahrheit weiss die SP-Chefin haargenau, dass so ziemlich jede SP-Stimme an Amaudruz gehen wird. Denn eine feministischere, urbanere, progressivere SVP-Vertreterin wird die Linke nicht finden. Aber Mattea Meyer will gegenüber ihrer Parteibasis öffentlich bekunden: Wir geben dem SVP-Gedankengut grundsätzlich keinen Millimeter Raum!

SVP-Nationalrat Manuel Strupler befand, Céline Amaudruz sei eine «sehr gute Kandidatin». Ein «Leichtgewicht» könne sie nicht sein, weil sie seit Langem als Vizepräsidentin der SVP amte. Nun weiss Strupler natürlich haargenau, dass sich das nicht unbedingt gegenseitig ausschliessen muss. Und erst recht weiss er, dass jetzt in den Führungsgremien von Partei und Fraktion alles unternommen wird, um den zu erwartenden SVP-Doppelvorschlag luftdicht gegen Amaudruz abzuschotten. Weil mit einer sonst garantiert gewählten Amaudruz das Schiff der Volkspartei spätestens bei den eidgenössischen Wahlen leckschlagen würde.

Um nichts ehrlicher äusserte sich Mitte-Präsident Matthias Bregy. Er meinte zur künftigen Departementsverteilung: «Wir sollten wirklich den sieben Persönlichkeiten den Entscheid und damit auch die Möglichkeit überlassen, das Beste für unser Land zu tun.» In Wahrheit nehmen die Parteien massiv Einfluss darauf, wer welches Ressort führt. Die Mitte-Partei versucht alles, um Martin Pfister vom ungeliebten Fixpreis-Militär in die dankbarere Wirtschaft zu verschieben. Doris Leuthard reiste sogar nach Bern, um die Übernahme ihres früheren Verkehrsdepartements durch Albert Rösti zu verhindern. Politiker sollten Märchenbücher schreiben. Dann hätten ihre Lügen wenigstens einen Sinn.

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2026

NEIN zur unsozialen Erhöhung der Mehrwertsteuer

Zur Finanzierung der 13. AHV-Rente wollen die Linken und Heimatmüden die Mehrwertsteuer (MwSt) erhöhen. Gleichzeitig verschleudern sie Milliarden ins Ausland und für ihre gescheiterte Asylpolitik. Darauf gibt es am 29. November nur eine Antwort: Ein entschiedenes NEIN!

Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Die linke und heimatmüde Politik in Bern präsentiert uns am 29. November die Quittung für ihre unverantwortlichen Versprechungen. Nach dem emotional geführten Abstimmungskampf um die 13. AHV-Rente zeigt sich nun das ungeschminkte Gesicht einer fehlgeleiteten Umverteilung: Um das entstandene Milliardenloch in der Bundeskasse zu stopfen, fordern SP, Grüne und weitere Kreise nun eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Es ist genau jene Politik, die Steuergelder mit vollen Händen im Ausland verteilt und gleichzeitig den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern immer tiefer in die Tasche greift.

Mehrwertsteuer: Eine Steuer, die alle trifft

Dabei ist die Mehrwertsteuer die unsozialste aller Steuerarten. Sie unterscheidet nicht zwischen Reich und Arm. Sie trifft jeden Franken, den man für das tägliche Leben ausgeben muss, mit derselben Härte. Besonders schwer lastet eine solche Erhöhung auf dem konsumierenden Mittelstand. Es sind die Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, unsere Wirtschaft am Laufen halten, Steuern zahlen, aber kaum mehr vom Reallohnzuwachs profitieren. Durch die steigenden Preise bei Gütern des täglichen Bedarfs wird ihre Kaufkraft empfindlich geschwächt.

Familien zahlen besonders drauf

Noch drastischer sind die Folgen für Familien mit mehreren Kindern. Grössere Haushalte müssen zwangsläufig den Löwenanteil ihres Einkommens direkt wieder für Konsumgüter, Lebensmittel, Kleidung, Schulmaterial usw. ausgeben. Sie können dem Steuerhammer nicht ausweichen. Eine höhere Mehrwertsteuer wirkt für sie wie eine zusätzliche Strafsteuer auf das Familienleben. Während die Reichen eine solche Erhöhung kaum spüren, reisst sie in die Budgets von Durchschnittsverdienern und Familien tiefe Löcher.

Der Bund muss bei den Ausgaben ansetzen

Die SVP wehrt sich entschieden gegen diesen Raubzug auf den Mittelstand. Statt die Bürger und die Wirtschaft weiter zu schröpfen, muss der Bund endlich auf der Ausgabenseite über die Bücher. Wir müssen aufhören, Milliarden im Asylwesen oder für ideologische Entwicklungshilfe zu verschleudern. Das Geld der Schweizer Steuerzahler gehört der Schweizer Bevölkerung. Ein klares NEIN zur Mehrwertsteuer-Erhöhung ist der einzige Weg, um diese ruinöse Steuer- und Ausgabenpolitik zu stoppen und unsere Familien wirksam zu schützen.

> *«Die SVP wehrt sich entschieden gegen diesen Raubzug auf den Mittelstand.»*

Die SVP wehrt sich entschieden gegen diesen Raubzug auf den Mittelstand. Bild: SVP Schweiz

FOLGEN VON JAHRZEHNTEN UNKONTROLLIERTER MIGRATION

Das Menetekel der Gewalt auf Frankreichs Strassen

Die Regierung (Premierminister Sébastien Lecornu, Innenminister Laurent Nuñez) sprach von «entsetzlichem Ausmass an Gewalt» und machte organisierte ultralinke Gruppen sowie Kriminelle verantwortlich. Präsident Emmanuel Macron verurteilte die Gewalt scharf, berief Krisensitzungen ein und wandte sich an die Nation. Es gab Kritik an mangelnder Vorbereitung und Nachrichtendienstfehlern.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Es kam zu Plünderungen von Geschäften (Schätzungen: bis zu mehreren tausend betroffene Betriebe), Brandstiftungen an Fahrzeugen und Gebäuden, Angriffen auf öffentliche Einrichtungen. In Marseille wurden jüdische Geschäfte geplündert. Kirchen werden immer wieder angegriffen. Von Angriffen auf Moscheen ist hingegen nichts bekannt.

Jusos inmitten von Krawallen

Das historische Rathaus von Limoges (143 Jahre alt) wurde von Randalierern in Brand gesteckt und weitgehend zerstört. In Lyon brannte das Tourismusbüro, in anderen Städten wurden Rathäuser oder Präfekturen angegriffen. Der Brandstifter des Rathauses von Limoges wurde inzwischen festgenommen: ein 40-jähriger Linksextremist (Antifa). Er steht auf Frankreichs nationaler Sicherheits-Beobachtungsliste. Schweizer Jusos marschierten gemäss «20Minuten» in Paris, wo es zu schweren Krawallen kam, mit und planen auch Demos in der Schweiz.

Migranten- statt Schülergewalt

Wer die Brandstifter in Frankreich sind, kann jeder selbst sehen. Aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk hält daran fest: Das sind alles Schüler, die sich Sorgen um die Bildung machen. Die Regierung sprach von «entsetzlichem Ausmass an Gewalt» und machte organisierte ultralinke Gruppen sowie Kriminelle verantwortlich. Präsident Emmanuel Macron verurteilte die Gewalt scharf, berief Krisensitzungen ein und wandte sich an die Nation. Es gab Kritik an mangelnder Vorbereitung und Nachrichtendienstfehlern. Jahrzehnte unkontrollierter Migration und gescheiterter Integration sind sicher ein Indiz, dass hier schwer ohne «Remigration» etwas zu ändern ist.

> *«Diese linksextreme Gewalt darf nicht in die Schweiz überschwappen.»*

Das Rathaus in Limoges wurde von einem Linksextremen in Brand gesetzt. Bild: Adobe Stock

Fall Berlin

Derweil bahnt sich in Berlin eine Koalition der linksextremen Die Linke, der Grünen und der SPD an. Eine Regierung von linken Parteien mit linken Migranten hat eine Mehrheit. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) müsste seine Regierung mit der doppelzüngigen SPD sofort auflösen, um Ungemach von Deutschland fernzuhalten!

Ines Schwerdtner (Vorsitzende Die Linke) verklärt die vorwiegend migrantischen Ausschreitungen in Frankreich zu einer Revolte des französischen Volkes gegen den Umgang mit «Schülern und Schülerinnen». Das waren bürgerkriegsähnliche Zustände und kriminelle Migrantenhorden. Eine rot-grünrote Koalition im Roten Rathaus wäre ein Fanal für Pariser Zustände in der deutschen Hauptstadt. Der migrantische Linkspopulismus würde in Berlin weiter gefördert. Nach fünf Jahren Aufenthalt bekämen alle Migranten, auch abgelehnte Asylbewerber, das Wahlrecht. In Kürze werden nur noch Syrer, Afghanen und nordafrikanische Migranten über das politische Schicksal der deutschen Hauptstadt entscheiden.

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Ratsmontag im Zeichen einer Parlamentarischen Initiative und der KJS

Mit einem Vorstoss sollte der Regierungsrat beauftragt werden, im Namen des Kantons Zürich bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative einzureichen, die von den eidgenössischen Räten verlangt, einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung auszuarbeiten für die Einführung einer «nationalen Elternzeit» mit der Forderung, dass die Elternzeit insgesamt mindestens 20 Wochen beträgt.

Christoph Marty
Kantonsrat SVP
Zürich

Während die Linksgrünen zusammen mit der Mitte die – stark zugespitzt – zusammengefasste Haltung vertraten, unsere Gesellschaft werde aussterben, falls die Erwerbsarbeit bei der Geburt eines Kindes nicht für sinnlos lange Zeiten ausgesetzt werden könne, hielten von der SVP-Fraktion René Isler, Lorenz Habicher, Markus Bopp und Susanne Brunner dagegen. Insbesondere Markus Bopp konnte als vierfacher Vater plausibel darlegen, dass die Welt wegen der Geburt eines Kindes nicht stehenbleiben muss. Nach langem Hin und Her kamen keine neuen Argumente mehr auf, und man musste dem Fraktionspräsidenten der Grünen dankbar sein, dass er die Schliessung der Rednerliste verlangte, welcher der Rat grossmehrheitlich zustimmte. Dank den Stimmen von Teilen der EVP, welche üblicherweise geschlossen mit den Linken stimmt, konnte der Vorstoss mit 89 gegen 84 Stimmen gestoppt werden.

Gesetz über den Jugendschutz bei öffentlichen Filmvorführungen und Trägermedien

Für ein (ausgesprochen seltenes!) Mal wurde kein neues Gesetz gemacht, sondern ein vorhandenes beseitigt. Der Präsident der zuständigen Kommission für Justiz und Sicherheit (KJS), Daniel Wäfler, stellte das Gesetz respektive dessen Aufhebung vor. Die Kommissionsmitglieder Jacqueline Hofer und Anita Borer erläuterten die Details. Die vorliegende Gesetzesaufhebung ist in erster Linie eine Folge des neuen Bundesrechts. Mit dem Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele wird der Jugendschutz schweizweit einheitlich geregelt. Damit entfällt die kantonale Zuständigkeit in diesem Bereich weitgehend. Kantonale Sonderregelungen und Doppelspurigkeiten schaffen keinen zusätzlichen Nutzen, sondern führen zu unnötigem Aufwand und zu mehr Komplexität für Vollzug und betroffene Branchen. Der Rat folgte der Kommissionshaltung bei der Abstimmung einstimmig.

Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess

Dieses Gesetz wurde wieder von Daniel Wäfler vorgestellt. Darin ging es neben weiteren kleineren Anpassungen in der Zivilprozessordnung vor allem um den geplanten «Zurich International Commercial Court». Dieser sollte als separates Handelsgericht in ausschliesslich englischer Sprache für international tätige Gesellschaften angeboten werden. Zum besseren Verständnis: Ein Handelsgericht – sowohl das bestehende als auch das zusätzlich vorgesehene – ist keine Gerichtsbarkeit im landläufigen Sinne, zu welcher man aufgeboten werden kann. Sie muss von den Vertragsparteien als Vertragsbestandteil vereinbart werden. Die Initianten versprechen sich davon – neben der Auslastung und den daraus resultierenden Einnahmen aus der Gerichtsbarkeit – Umsätze für das lokale Gewerbe durch die anreisenden Prozessteilnehmer. Die SVP-Fraktion sah vor allem die Kostenrisiken und lehnte ab. Das Gesetz wurde dennoch angenommen. Wir werden also sehen, wessen Prognosen eintreffen werden.

«Die Welt steht wegen der Geburt eines Kindes nicht still.»

Nachruf für Hans Egloff durch Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser

Im Namen des Kantonsrates sprach Romaine Rogenmoser zum Schluss der Sitzung den Angehörigen unser Beileid in einfühlsamen Worten aus. Mit dem am 5. Oktober verstorbenen Hans Egloff hat die SVP eine prägende Persönlichkeit, einen erfahrenen Politiker und Rechtsanwalt sowie einen Vorkämpfer für die Anliegen der Wohn- und Grundeigentümer verloren. Vor gut einem Jahr hatte Hans Egloff eines seiner politischen Hauptziele erreicht. Das Schweizer Stimmvolk stimmte der Abschaffung des Eigenmietwerts deutlich zu. Zu seinen Ehren wird am 3. November um 14 Uhr ein Gedenkgottesdienst im Fraumünster in Zürich stattfinden.

Ein ungewohntes Bild im Kantonsrat: Die Aufhebung eines Gesetzes.
Bild: Parlamentsdienste ZH

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Streitfälle lösen, statt neue anwerben

Anita Borer
Kantonsrätin SVP
Uster

Unsere Justiz soll Streitfälle lösen – nicht zusätzliche aus aller Welt anwerben. Mit dem «Zurich International Commercial Court» will der Regierungsrat Zürich jedoch für internationale Wirtschaftsprozesse attraktiver machen. Welchen Mehrwert bringt uns das – und welchen Preis zahlen wir dafür?

Der Regierungsrat rechnet zunächst mit wenigen Fällen pro Jahr. Die bisherigen Mitarbeiter des Handelsgerichts sollen sie bearbeiten. Steigen die Fallzahlen erheblich, wären zusätzliche Stellen zu prüfen. Ein späterer Ausbau bleibt also ausdrücklich offen.

Mögliche Mehrkosten sollen vollständig durch Gebühren gedeckt werden. Doch eine finanzierte Stelle ist noch keine besetzte Stelle. Wer zusätzliche Fälle anwerben will, muss zeigen, wer sie erledigt – ohne dass die übrigen Verfahren länger dauern.

Für mich ist das eine Frage der Prioritäten. 2025 stiegen die Neueingänge an den Bezirksgerichten um 9 Prozent, am Obergericht insgesamt um 10,7 Prozent. Obwohl mehr Fälle erledigt wurden, blieben Ende Jahr mehr Verfahren offen.

Wer auf einen Gerichtsentscheid wartet, braucht eine zügige Behandlung seines Falls. Darauf muss sich unsere Justiz konzentrieren. Ein zusätzliches Angebot für wenige internationale Verfahren hat für uns keine Priorität.

Hinzu kommt: Wir sind nicht bei null. Schon heute können Vergleichsverhandlungen am Handelsgericht mit Zustimmung der Parteien auf Englisch stattfinden. Neu soll das gesamte Verfahren samt Urteil auf Englisch möglich sein. Für uns rechtfertigt der ungewisse Mehrwert das Risiko eines weiteren personellen und finanziellen Ausbaus nicht.

Die SVP/EDU-Fraktion hat die Vorlage deshalb abgelehnt. Wir brauchen kurze Verfahren, klare Strukturen und einen sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern. Unsere Justiz braucht klare Prioritäten – nicht immer neue Angebote.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

WISSENSWERTES AUS DEM KANTONSRAT

Ausstand

Ein Mitglied des Kantonsrats muss bei einem Geschäft in den Ausstand treten, wenn es davon persönlich und unmittelbar betroffen ist.

So sollen persönliche Interessen die Amtsausübung nicht beeinflussen. Eine solche Betroffenheit liegt etwa vor, wenn ein Ratsmitglied über eine eigene Angelegenheit oder über eine Angelegenheit einer nahestehenden Person entscheiden müsste. Ein Interessenkonflikt kann auch entstehen, wenn ein Ratsmitglied eine Leitungs- oder Beratungsfunktion in einer Institution innehat, deren Tätigkeit es im Kantonsrat im Rahmen der Oberaufsicht kontrolliert.

Bei Wahlen, Beratungen über Verfassungen und Gesetze, Kreditbeschlüssen sowie beim Budget gilt keine Ausstandspflicht. Diese Geschäfte gehören zum Kern der parlamentarischen Arbeit. Die Ausstandspflicht ist von der Offenlegung von Interessenbindungen zu unterscheiden.

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!

svp.ch/mitmachen/spenden

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Der Elefant im Raum

Immer mehr Deutsche verlassen ihre Heimat. Die Schweiz ist dabei das mit Abstand beliebteste europäische Auswanderungsziel. Anfang 2025 lebten rund 330 000 Deutsche in der Schweiz. Natürlich leistet ein erwerbstätiger Zuwanderer aus Deutschland einen grösseren wirtschaftlichen Beitrag als ein Asylmigrant, der dauerhaft auf Kosten unseres Sozialstaates lebt. Trotzdem müssen wir den Elefanten im Raum ansprechen: Die Zuwanderung aus Deutschland ist zu hoch! Meine Kritik richtet sich nicht gegen die Menschen, die bei uns eine bessere Zukunft suchen, sondern gegen das wahnsinnige Ausmass der Zuwanderung. In der jüngsten Folge des «Jenke Reports» auf ProSieben habe ich dies deutlich angesprochen. Es folgten überrissene Medienberichte und Empörung von linker Seite. Doch die zahlreichen Reaktionen zeigten mir: Ich habe einen wunden Punkt getroffen!

Konkurrenz und steigende Mieten

Mich erreichten viele Zuschriften von Menschen, die meine Sorgen teilen. Sie berichteten von der harten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, steigenden Mieten und mangelndem Integrationswillen. Für gewisse Grosskonzerne gehört es längst zum Geschäftsmodell, billige Arbeitskräfte aus Deutschland zu holen und dafür teurere Schweizer Arbeitnehmer zu entsorgen. Gleichzeitig treiben gutverdienende Expats die Mietpreise in die Höhe. Wer bereit ist, jeden noch so überrissenen Mietzins zu bezahlen, verdrängt die einheimische Bevölkerung aus ihren eigenen Gemeinden. Genau deshalb haben wir im letzten Jahr auch unsere Heimat-Initiative lanciert. Die SVP will mehr Wohnraum für eusi Lüüt!

Verständnis für meine Kritik erhielt ich sogar aus Deutschland. Ein Deutscher, der regelmässig in unseren Bergen wandert, schrieb mir, er bewundere unsere Eidgenossenschaft und betrachte sie als zweite Heimat. Trotzdem würde er nicht hierher auswandern, weil bereits zu viele Ausländer in der Schweiz lebten. Viele Deutsche würden die Schweizer Mentalität gar nicht verstehen. Er forderte uns auf, unsere Identität zu bewahren. Diese Worte sollten uns zu denken geben. Selbst Menschen aus unserem nördlichen Nachbarland erkennen, was gewisse Politiker in Bundesbern partout nicht wahrhaben wollen: Ein kleines Land kann nicht unbegrenzt Menschen aufnehmen, ohne dass es seine Identität verliert.

Unsere Heimat bewahren

Die Schweiz ist kein grenzenloses Auffangbecken für die Probleme anderer Länder! Wir müssen wieder selbst bestimmen, wer zu uns kommt und wer bleiben darf. Dafür braucht es endlich eine massvolle Zuwanderung und strengere Integrationsregeln. Die SVP wird sich weiterhin mit voller Kraft dafür einsetzen. Denn am Ende geht es um etwas ganz Einfaches: Wir wollen bewahren, was wir lieben. Unsere Heimat Schweiz!

von Domenik Ledergerber

PARLAMENTARISCHE ANFRAGEN EINGEREICHT

Vertragspaket Schweiz–EU: Mitwirken ist nicht mitbestimmen

Zwei parlamentarische Anfragen im Zürcher Kantonsrat verlangen Klarheit über die Auswirkungen des Vertragspakets Schweiz–EU auf die kantonalen Zuständigkeiten und die demokratischen Rechte.

Tumasch Mischol
Kantonsrat SVP
Hombrechtikon

Das Vertragspaket Schweiz–EU sieht die dynamische Übernahme von EU-Rechtsentwicklungen vor – auch in Bereichen, die in der Schweiz in die Zuständigkeit der Kantone fallen. Zwar sollen die Kantone bei der Erarbeitung schweizerischer Positionen stärker einbezogen werden. Im eigentlichen Rechtsetzungsprozess der EU können jedoch weder die Schweiz noch die Kantone mitentscheiden.

Die innerstaatlichen Genehmigungsverfahren und Volksrechte bleiben formell bestehen. Lehnt die Schweiz eine relevante EU-Rechtsentwicklung ab, können allerdings Streitbeilegungsverfahren und letztlich Ausgleichsmassnahmen folgen. Wie gross ist damit der tatsächliche Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum des Zürcher Kantonsrates und der Stimmberechtigten?

Und wo bleibt das Ständemehr?

Auch beim Grundentscheid über das Vertragspaket stellt sich die föderalistische Frage. Der Kanton Zürich sprach sich im Vernehmlassungsverfahren für das fakultative Staatsvertragsreferendum aus. Der Ständerat hingegen befürwortete am 30. September 2026 ein obligatorisches Referendum mit Ständemehr. Gleichzeitig liess der Zürcher Regierungsrat verlauten, er habe zum Ständemehr «aktuell keine Haltung entwickelt».

Mit zwei parlamentarischen Anfragen verlangen die Kantonsräte Tumasch Mischol, Domenik Ledergerber und Tobias Weidmann (alle SVP) sowie Martin Huber (FDP) Antworten. Im Zentrum stehen die Mitentscheidungsrechte des Kantonsrates, die Folgen eines ablehnenden Volksentscheids und die Haltung des Regierungsrates zum Ständemehr.

Wie viel demokratischer Entscheidungsspielraum den Zürcher Stimmberechtigten und ihrem Parlament bei der dynamischen Rechtsübernahme tatsächlich bleibt, muss der Regierungsrat innert dreier Monate mit der Beantwortung der parlamentarischen Anfragen aufzeigen.

Anfrage betreffend Vertragspaket Schweiz–EU: Kantonale Mitwirkung ohne Ständemehr?

Das Vertragspaket Schweiz–EU sieht mit der dynamischen Rechtsübernahme, dem «Decision Shaping» und dem Streitbeilegungsmechanismus institutionelle Elemente vor, die auf Dauer angelegt sind und auch Zuständigkeiten und wesentliche Interessen der Kantone betreffen können. Zur Wahrung der kantonalen Interessen sollen deshalb die bestehenden Mitwirkungsinstrumente ausgebaut werden.

Da das Unionsrecht auch Bereiche regelt, die in der Schweiz in die Zuständigkeit der Kantone fallen, können diese von künftigen EU-Rechtsentwicklungen unmittelbar betroffen sein. Ihre Mitwirkung beschränkt sich im Wesentlichen auf das «Decision Shaping». Im eigentlichen europäischen Rechtsetzungsprozess («Decision Making») können die Schweiz und damit auch die Kantone nicht mitentscheiden. Bei der Frage des Referendums waren sich die Kantone uneinig: Während 15 Kantone, darunter Zürich, das fakultative Staatsvertragsreferendum unterstützten, verlangten zehn Kantone ein obligatorisches Referendum. Der Ständerat hat sich am 30. September 2026 für ein obligatorisches Referendum mit Ständemehr ausgesprochen. Gleichzeitig wurde seitens des Zürcher Regierungsrates öffentlich erklärt, er habe zur Frage des Ständemehrs «aktuell keine Haltung entwickelt».

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Nach welchen staatsrechtlichen, staatspolitischen und föderalistischen Kriterien beurteilt der Regierungsrat, ob die institutionellen Auswirkungen eines Staatsvertrags von solcher Tragweite sind, dass neben dem Volksmehr auch die Zustimmung der Stände angezeigt ist? Wie beurteilt er das Vertragspaket Schweiz–EU anhand dieser Kriterien?
2. Der Regierungsrat anerkennt, dass das Vertragspaket kantonale Zuständigkeiten und wesentliche Interessen berühren kann, und unterstützt deshalb einen Ausbau der kantonalen Mitwirkung bei der dynamischen Rechtsübernahme, beim «Decision Shaping» und bei Streitbeilegungsverfahren. Weshalb rechtfertigt diese dauerhafte institutionelle Betroffenheit nach Auffassung des Regierungsrates keine Mitentscheidung des Kantons Zürich beim Grundentscheid über das Vertragspaket?
3. Welche Bedeutung misst der Regierungsrat bei seiner Beurteilung dem Umstand bei, dass im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme auch künftige, zum Zeitpunkt der Genehmigung noch nicht bekannte EU-Rechtsentwicklungen kantonale Zuständigkeitsbereiche betreffen können, ohne dass der Kanton Zürich im eigentlichen europäischen Rechtsetzungsprozess mitentscheiden kann?
4. Welche Haltung vertritt der Regierungsrat angesichts des Entscheids des Ständerates heute zum Ständemehr und aus welchen staatsrechtlichen, staatspolitischen und föderalistischen Gründen?

von Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) und Martin Huber (FDP, Neftenbach)

Anfrage betreffend Vertragspaket Schweiz–EU: Mitwirken oder mitbestimmen?

Mit dem Vertragspaket Schweiz–EU verpflichtet sich die Schweiz in verschiedenen Bereichen zur dynamischen Übernahme von EU-Rechtsentwicklungen. Formell bleiben die innerstaatlichen Genehmigungsverfahren und Volksrechte bestehen, sofern die Schweizer Delegation im Gemischten Ausschuss rechtzeitig anmeldet, dass ein Referendum durchzuführen ist. Lehnt die Schweiz die Übernahme einer für ein Abkommen relevanten EU-Rechtsentwicklung ab, kann dies jedoch zu einem Streitbeilegungsverfahren und letztlich zu Ausgleichsmassnahmen führen.

Da das Unionsrecht verschiedene Bereiche regelt, für die in der Schweiz die Kantone zuständig sind, können die institutionellen Mechanismen auch kantonale Zuständigkeiten und wesentliche Interessen betreffen. Die Kantone sollen deshalb insbesondere in der Phase des «Decision Shaping» einbezogen werden. Im eigentlichen Rechtsetzungsprozess der EU («Decision Making») hat die Schweiz – und damit auch die Kantone – hingegen keine Mitsprache. Damit stellt sich die Frage, welchen tatsächlichen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum der Kanton Zürich, der Kantonsrat und die Zürcher Stimmberechtigten bei künftigen EU-Rechtsentwicklungen haben.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wird die vom Bundesrat genehmigte Vereinbarung mit den Kantonen über deren Mitwirkung im Rahmen des Vertragspakets Schweiz–EU dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt?
2. Welche konkreten Mitentscheidungsrechte stehen dem Kanton Zürich – einerseits dem Regierungsrat, andererseits dem Kantonsrat – zu, wenn eine EU-Rechtsentwicklung kantonale Zuständigkeiten oder wesentliche kantonale Interessen betrifft?
3. Wie sehen die Abläufe bezüglich Information, Konsultation und Einbezug des Kantons Zürich in der Phase des «Decision Shaping» aus? Welche Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten hat der Kantonsrat vor und während dieser Phase und damit vor der Festlegung der schweizerischen Position?
4. Welcher materielle gesetzgeberische Gestaltungsspielraum verbleibt dem Kantonsrat, wenn zur Umsetzung einer von der Schweiz übernommenen EU-Rechtsentwicklung kantonales Recht geändert werden muss?
5. Welche rechtlichen und tatsächlichen Folgen hätte es, wenn die Zürcher Stimmberechtigten in einem kantonalen Referendum eine Gesetzesänderung ablehnen, die zur Umsetzung einer von der Schweiz übernommenen EU-Rechtsentwicklung erforderlich ist? Könnte ein solcher Volksentscheid dazu führen, dass die Schweiz ihre staatsvertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt und in der Folge Ausgleichsmassnahmen ergriffen werden?
6. Der Kanton Zürich vertrat im Vernehmlassungsverfahren die Auffassung, die direktdemokratischen Mitsprachemöglichkeiten blieben bei der dynamischen Rechtsübernahme «vollumfänglich gewahrt». Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass bei einer EU-Rechtsentwicklung, die kantonale Kompetenzen betrifft, die nach schweizerischem Recht vorgesehenen Referendumsmöglichkeiten tatsächlich gewahrt bleiben?
7. Hält der Regierungsrat an dieser Beurteilung auch für den Fall fest, dass ein ablehnender demokratischer Entscheid dazu führt, dass die Schweiz eine staatsvertragliche Verpflichtung nicht erfüllt und deswegen Ausgleichsmassnahmen drohen? Wie begründet er seine Beurteilung?

von Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen)

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Tram Affoltern: Die Stadt will es, sie soll es bezahlen

Die SVP lehnt den Staatsbeitrag von 365,5 Millionen Franken an das Tram Affoltern ab. Die Stadt Zürich hat das Tram bestellt, die Stadtzürcher Stimmberechtigten haben es deutlich angenommen und die Stadt verfügt über die finanziellen Mittel. Trotzdem soll der Kanton den grössten Teil der Rechnung übernehmen. Die SVP sagt Nein: Wer bestellt, bezahlt.

Die Mehrheit der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, den Staatsbeitrag aus dem Verkehrsfonds zu bewilligen. Die Stadtzürcher Stimmberechtigten haben dem Tram am 14. Juni 2026 mit 68 Prozent zugestimmt. Gleichzeitig plant der Kanton für die Jahre 2027 bis 2030 Investitionen von 5,8 Milliarden Franken. Bereits 2024 musste er seine Investitionsprojekte priorisieren. Zusätzlich erhält die Stadt Zürich jährlich 432 Millionen Franken Zentrumslastenausgleich.

Für rotgrüne Wunschprojekte ist Geld vorhanden

An fehlendem Geld leidet die Stadt Zürich nicht. Allein für Liegenschaftskäufe hat sie 2026 rund 600 Millionen Franken budgetiert. Sie öffnet ihre Stipendien für vorläufig Aufgenommene, obwohl die Zürcher Stimmberechtigten dies 2024 abgelehnt haben. Ab 2028 zahlt die Stadt eigene Prämienzulagen von rund 60 Millionen Franken pro Jahr. Sans-Papiers wollte sie eine eigene Basishilfe finanzieren, bis das Verwaltungsgericht diese im Juli 2026 für unzulässig erklärte. Und für ihr Klimaziel Netto-Null 2040 finanziert die Stadt die Speicherung von CO_2 unter der Nordsee.

Für politische Wunschprojekte sitzt das Geld locker. Beim Tram Affoltern, das die Stadt selbst will, soll dagegen der kantonale Verkehrsfonds einspringen. Die Stadt muss ihre Prioritäten ordnen und für ihre eigenen Verkehrswünsche finanziell geradestehen.

Ueli Pfister, SVP-Kantonsrat und Vertreter der Kommissionsminderheit, hält fest: «Die Stadt beschliesst laufend neue Ausgaben und hält gleichzeitig für ihre eigenen Verkehrswünsche beim Kanton die Hand auf. Das geht nicht auf. Die Stadt muss endlich Prioritäten setzen.»

Die Bundesgelder gehen nicht verloren

Auch das Argument, mit einer Ablehnung des Staatsbeitrags gingen Bundesgelder verloren, überzeugt nicht. Aus dem Agglomerationsprogramm stehen für das Tram Affoltern Bundesbeiträge von 103,8 Millionen Franken zur Verfügung. Der Kanton soll diese Mittel beim Bund abrufen und an die Stadt weitergeben.

Fraktionspräsident Tobias Weidmann sagt: «Wer Geld für CO_2-Lager unter der Nordsee hat, hat auch Geld für ein Tram in Affoltern. In der Stadt Zürich gilt offenbar: Rotgrün bestellt, der Kanton bezahlt. Der Kantonsrat muss diesen Staatsbeitrag ablehnen.»

Die Stadt muss finanzielle Verantwortung übernehmen

Domenik Ledergerber, Präsident der SVP des Kantons Zürich, erklärt: «Politische Wünsche und finanzielle Verantwortung gehören zusammen. Die Stadt Zürich verfügt über die Mittel, um das von ihr gewünschte Tram selbst zu bezahlen. Der Kantonsrat darf den Verkehrsfonds nicht zur Kasse für die linksgrüne Stadtpolitik machen.»

Die SVP fordert den Kantonsrat auf, den Staatsbeitrag von 365,5 Millionen Franken abzulehnen. Die Bundesmittel von 103,8 Millionen Franken sollen der Stadt erhalten bleiben. Für die Finanzierung des Tramprojekts gilt: Wer bestellt, bezahlt.

SICHERHEIT NICHT VERNACHLÄSSIGEN

«Schützi-Ausbau» mit bitterem Nachgeschmack

Geschätzte Leserinnen und Leser, liebe SVP-Familie. So gross die Freude über den zweckmässigen Ausbau der Schützenwiese mit einem Ja-Stimmenanteil von 75,45 Prozent war, umso bitterer war kurz vor besagter Abstimmung die Meldung aus dem Stadtrat, dass wieder einmal die Stadtpolizei zur Besserung der angeschlagenen Finanzen mittels Abbau von 10 Stellen beitragen soll.

René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Obwohl über die gesamte Stadtverwaltung wiederum 80 neue Stellen für weitgehend ideologische Weltanschauungen geschaffen werden sollen, muss die Stadtpolizei wieder Stellen abbauen, weil der FC Winterthur gemäss der linksgrünen Stadtregierung kurzfristig nicht mehr in der Super League spielt. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Wir stimmen begeistert dem Antrag des Stadtrates für den Verpflichtungskredit von über 35 Millionen Franken für den Ersatzneubau des Fussballstadions Schützenwiese zu und gleichzeitig streicht selbiger Stadtrat wegen klammer Staatskasse bei der Stadtpolizei Winterthur dringend notwendige Stellen zulasten der Sicherheit! Offensichtlich ist beim Stadtrat noch nicht durchgedrungen, dass schweizweit Gewaltdelikte – auch gegenüber Frauen – in erschreckendem Masse zunehmen. Auch in Winterthur.

Der Ausbau der Schützi mag sicher auch den SP-Regierungskandidaten aus dem Stadtrat erfreut haben. Sollte dieser aber dem gravierenden Stellenabbau bei der Stadtpolizei zugestimmt haben, wirft das alleine schon ein ganz bedenkliches Licht auf dessen Kandidatur. Was sagte diesbezüglich der konsternierte und zuständige Sicherheitsdirektor des Kantons Zürich? Wenn die Stadt Winterthur ihre gesetzlich vorgeschriebenen Zentrumsleistungen gemäss dem Polizeiorganisationsgesetz nicht erfüllen will, wird der Zürcher Regierungsrat ernsthaft über eine Kürzung des Zentrumslastenausgleichs nachdenken müssen, weil nur entschädigt werden kann, was geleistet wird. So bin ich mir heute nicht sicher, wie die Abstimmung ausgefallen wäre, hätte das Stimmvolk vor dem Urnengang vom Abbau der Sicherheit in Winterthur gewusst.

Der «Schützi-Ausbau» hat einen bitteren Nachgeschmack. Bild: SB

EIN JAHR VOR DEM URNENGANG

30 Prozent sind möglich – aber kein Selbstläufer

Das SRG-Wahlbarometer gibt der SVP Rückenwind. Um die 30-Prozent-Marke zu knacken, braucht es jetzt Mobilisierung, Präsenz und überzeugende Antworten.

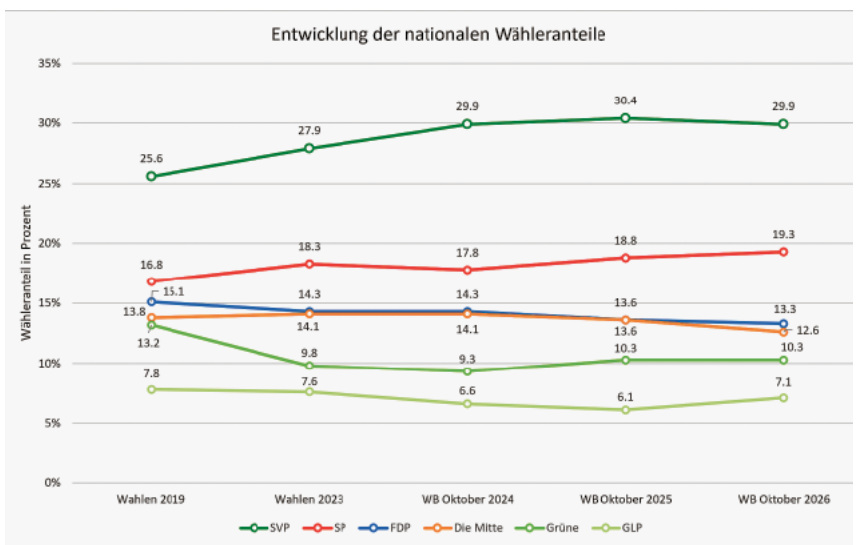
Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Das aktuelle SRG-Wahlbarometer macht Mut: Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen käme die SVP schweizweit auf 29,9 Prozent. Damit liegt sie nicht nur klar an der Spitze, sondern überträfe auch ihr bisheriges Rekordergebnis bei Nationalratswahlen von 29,4 Prozent aus dem Jahr 2015. Zwei Prozentpunkte mehr als 2023 und nur noch ein Zehntel unter der symbolischen 30-Prozent-Marke – das ist ein starkes Signal. Es ist aber vor allem ein Auftrag. Wer jetzt meint, der nächste Wahlsieg sei bereits gesichert, hat die wichtigste Lehre aus dem Wahlbarometer nicht verstanden: Potenzial ist noch kein Ergebnis.

Das Wahlbarometer misst die nationale Wahlabsicht. Es ist keine Prognose für den Kanton Zürich und sagt nicht voraus, wie viele Sitze die Zürcher SVP gewinnen wird. Die Befragung zeigt jedoch, dass die Volkspartei schweizweit auf einer robusten Grundlage steht. Rund zwei Drittel derjenigen, die heute SVP wählen wollen, bezeichnen ihren Entscheid bereits als sehr sicher. Das gibt unserer Partei Rückenwind – und verschärft zugleich die Verantwortung, diese Unterstützung bis zum Wahltag zu halten und möglichst auszubauen.

Ein Zehntel kann den Unterschied machen

Die 30-Prozent-Marke ist mehr als eine runde Zahl. Sie steht für den Anspruch, die stärkste politische Kraft der Schweiz zu bleiben und den eigenen Rückhalt weiter zu verbreitern. Der Abstand dorthin beträgt gemäss Wahlbarometer gerade einmal 0,1 Prozentpunkte. Doch in einer Wahl entscheidet sich nichts durch Rundungen in einer Umfrage. Entscheidend sind die Stimmen, die tatsächlich abgegeben werden. Auch ein Wert von 29,9 Prozent ist kein Freipass: Andere Parteien kämpfen ebenfalls um ihre Wählerschaft, und zwischen einer Wahlabsicht im September und dem Resultat im folgenden Jahr an der Urne liegt ein langer Weg.



Die SVP ist und bleibt die mit Abstand stärkste Partei der Schweiz.
Bild: Daten Sotomo, eigene Darstellung

Die Studie spricht zudem nicht von einem einseitigen Rechtsrutsch. Neben der SVP legen auch SP und Grüne zu. Die Entwicklung deutet vielmehr auf eine stärkere Polarisierung hin: Die politischen Pole gewinnen, während FDP und Mitte an Boden verlieren. Für die SVP heisst das, dass wir nicht einfach darauf warten dürfen, dass die Unzufriedenheit mit den Parteien der Mitte automatisch zu uns führt. Wählerinnen und Wähler wollen überzeugt werden. Sie erwarten klare Antworten auf ihre Sorgen und eine Partei, die vor Ort präsent ist.

Klar bleiben, aber den Alltag ernst nehmen

Das Profil der SVP-Wählerschaft ist deutlich. Bei der Entscheidung für unsere Partei zählen besonders Asyl, Zuwanderung, Kriminalität und Sicherheit sowie die Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz. Diese Themen sind zentral und müssen klar angesprochen werden. Zugleich zeigt das Wahlbarometer, dass die politische Aufmerksamkeit nicht bei allen Fragen gleich bleibt. Die Zuwanderung wurde 2023 noch von 35 Prozent als eine der drei grössten Herausforderungen des Landes genannt; aktuell sind es 25 Prozent. Die Asylpolitik liegt mit 26 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres. Dagegen hat die Sorge um Kriminalität und Sicherheit seit 2023 deutlich zugenommen: von 10 auf 19 Prozent.

Das ist kein Grund, die eigenen Kernthemen leiser zu stellen. Es ist ein Grund, sie konkret und glaubwürdig mit dem Alltag der Menschen zu verbinden. Was bedeuten unkontrollierte Zuwanderung und eine überlastete Asylpolitik für Gemeinden, Schulen, Wohnraum und öffentliche Sicherheit? Welche Folgen haben steigende Ausgaben für die Steuerzahlenden? Wo erleben Familien und Betriebe die Auswirkungen staatlicher Entscheide unmittelbar? Gute Politik benennt nicht nur ein Problem, sondern zeigt, wer davon betroffen ist und welche Lösungen die SVP vorschlägt.

Rückenwind nutzen, nicht darauf ausruhen

Das Wahlbarometer zeigt eine gefestigte SVP-Basis. Das ist eine Stärke, aber auch eine Herausforderung. Ein sicherer Wahlentscheid nützt wenig, wenn die Wählerin oder der Wähler am Wahltag zu Hause bleibt. Der Wahlkampf muss deshalb früh beginnen: mit Gesprächen, Präsenz an Veranstaltungen, verständlichen Informationen und Kandidatinnen und Kandidaten, die für die Anliegen der Bevölkerung erreichbar sind. Gerade im bevölkerungsreichen und vielfältigen Kanton Zürich ist die Nähe zu den Menschen entscheidend. Die Partei muss in den Städten ebenso ansprechbar sein wie in den Agglomerationsgemeinden und ländlichen Regionen.

«Das Ziel muss sein, das Potenzial der Partei weiter auszuschöpfen.»

Dabei geht es nicht darum, die eigene Linie für jede Umfrage neu zu erfinden. Es geht darum, die Grundsätze der SVP mit den Fragen zu verbinden, die die Menschen vor Ort beschäftigen. Sicherheit, Zuwanderung, Eigenverantwortung und finanzielle Entlastung gehören dazu. Im Kanton Zürich kommen die konkreten Erfahrungen mit knappen Wohnungen, wachsendem Verkehr, hohen Abgaben und dem Druck auf die kommunale Infrastruktur hinzu. Wo die Zürcherinnen und Zürcher diese Belastungen erleben, muss die SVP zuhören, Missstände benennen und umsetzbare Vorschläge vorlegen.

Der Weg über die 30-Prozent-Marke führt über Arbeit

Das Ziel muss sein, die 30-Prozent-Marke zu überschreiten und damit das Potenzial der Partei weiter auszuschöpfen. Das Wahlbarometer macht dieses Ziel greifbar; es garantiert es nicht. Die SVP darf den Vorsprung nicht mit einem Auftrag verwechseln, sich zurückzulehnen. Im Gegenteil: Je stärker die Ausgangslage, desto mehr gilt es, Verantwortung zu übernehmen, die eigene Basis zu mobilisieren und zusätzliche Wählerinnen und Wähler anzusprechen.

Für die SVP des Kantons Zürich heisst das, den nationalen Rückenwind in engagierte Arbeit vor Ort zu übersetzen. Schon am 4. April 2027 stehen die kantonalen Wahlen an: Dann werden Kantonsrat und Regierungsrat neu gewählt. Mit dem Wahlauftakt von gestern, dem 22. Oktober, ist der Startschuss für den Wahlkampf gefallen. Es braucht klare Botschaften, glaubwürdige Persönlichkeiten und einen Wahlkampf, der bis zum letzten Tag geführt wird. Die 30 Prozent sind erreichbar. Knacken werden wir diese Marke aber nicht mit Selbstzufriedenheit, sondern mit Einsatz, Nähe und Überzeugungskraft.

BLOCHERS KLARTEXT

Bundesratswahlen

Eine Journalistin hat geschrieben, unsere Bundesräte seien gewissermassen die Schweizer «Royals». Nun, allzu viel Glanz und Glitzer umgibt sie zum Glück nicht, dafür erzeugen sie weniger Skandale. Die Schweiz ist ein glückliches Land, weil es in der Regierung keine Genies oder überragende Persönlichkeiten braucht.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Dennoch erfordert das Amt eines Bundesrates heute höhere Anforderungen. Mittlerweile geht es allein beim Bund um Jahresausgaben von gegen 100 Milliarden. Speziell bei zwei Departementen ist der Führungsbedarf offenkundig: Im Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und im Verteidigungsdepartement (VBS).

Die SVP muss nach dem Rücktritt von Bundespräsident Guy Parmelin damit rechnen, dass sie entweder das EJPD mit dem verwahrlosten Asylwesen oder das VBS mit einer heruntergewirtschafteten Armee übernehmen muss. Die Bewerber der SVP müssen diese anspruchsvollen Departemente führen und in Ordnung bringen können. Wenn sie dazu fähig sind, können sie auch alle anderen Departemente leiten, wenn eines dieser ihnen zufallen sollte.

Wenn das Wirtschaftsdepartement nicht in SP-Hände fallen soll, müsste allenfalls die SVP dieses übernehmen, was kein Problem ist. Dann würde Beat Jans (SP) auf den Rücktritt von Ignazio Cassis (FDP) warten und das Äussere übernehmen. Dort kann ein Bundesrat nicht allzu viel Schaden anrichten.

Das heisst für die SVP: Ob Deutsch- oder Westschweizer, ob Mann oder Frau, ob aus einem kleinen oder grossen Kanton stammend, ist jetzt nebensächlich. Entscheidend ist einzig, ob er oder sie führen und sich gegen die Verwaltung durchsetzen kann. Dies sollte die Person in ihrer bisherigen beruflichen und politischen Tätigkeit bewiesen haben. Es braucht diesmal ein Anforderungsprofil in diesem Sinne.

Wer Bundesrat werden will, muss führen können. Bild: Pixabay

Fadegrad

von
Tobias Infortuna

SRF auf Drogen

Endlich einmal eine gute Unterhaltungssendung im Schweizer Fernsehen, dachte ich, als ich die Programmvorschau las. Die hohen Zwangsgebühren lohnen sich also doch, dachte ich. Eine Komödie über einen Uniprofessor, der harte Drogen nimmt und öffentlich empfiehlt, es ihm gleichzutun. Was für eine originelle Idee, dachte ich. Dann schaltete ich den Fernseher ein und stellte fest: Das war gar kein Spielfilm, das war voller Ernst! In der Sendung «Sternstunde Philosophie» sass ein Schwarzer mit langen verfilzten Haaren und sagte, harte Drogen wie Heroin oder Crack seien eine tolle Sache.
Es handelte sich um Carl Hart, Professor für Psychologie an der Uni Columbia in New York. Ja, er konsumiere harte Drogen, offenbarte er gleich zu Beginn der Sendung. Kokain und Heroin nehme er regelmässig. Das sei völlig harmlos. Alles, was die Menschheit über Drogen zu wissen glaube, basiere auf Lügen. Als ein Ausschnitt einer TV-Reportage über Crack-Süchtige in ihrem Elend eingespielt wurde, machte ihn das wütend. Das seien Ausnahmefälle. Und sowieso, wieso man diese Leute interviewe? Die wüssten ja gar nichts über Drogen.
Auch die Verbote der Drogen hätten nichts mit deren Gefährlichkeit zu tun, sondern seien damals nur gemacht worden, um einen Grund zu haben, Schwarze verhaften zu können. Und das Alkoholverbot der 1920er-Jahre in den USA sei nur erlassen worden, um den Deutschen eins auszuwischen, die damals häufig Barbesitzer gewesen seien. Der Experte für Drogen und also auch Experte für Geschichte vergass aber, dass zum Beispiel in der Schweiz Drogen bereits zu einer Zeit verboten wurden, als hier noch gar keine Schwarzen lebten. Als Schwarzer werde auch er diskriminiert. Er sei am Flughafen kontrolliert worden, nur weil er schwarz sei! Haben das die Zöllner in Kloten so gesagt oder hatte er gerade wieder einen Drogenrausch? Sowieso ist Carl Hart auch noch Schweiz-Experte. Er behauptete, in der Bundesverfassung stehe das Recht auf Bewusstseinsveränderung. Wir Schweizer hätten also das Recht, Drogen zu nehmen.
Als ein Suchtforscher der Uni Zürich in einem Einspieler widersprach und betonte, dass früher oder später alle Drogenkonsumenten Probleme mit der Gesundheit bekämen und auch das Gehirn leide, spottete der Psychologe aus den USA nur. Er kenne den Zürcher Forscher nicht, aber der sei lächerlich und habe keine Ahnung. Er, Carl Hart, wisse viel mehr. Er habe sogar ein Buch geschrieben, um den Leuten die Angst vor Drogen zu nehmen. Deshalb leiste er einen grossen Beitrag für die Gesellschaft. Um ein solches Selbstbewusstsein zu erlangen, muss eine zünftige Portion Drogen nötig sein.
Die Philosophie-Sendung entpuppte sich also als erstklassige und spassige Unterhaltung. Bitte mehr davon, liebes Schweizer Fernsehen, dann sind die hohen Gebühren bald gerechtfertigt.

SVP-GEMEINDERATSFRAKTION DER STADT ZÜRICH

Fraktionserklärung: Wer Gewalt verharmlost, versagt gegenüber der Bevölkerung!

Was sich am Zürcher Hardplatz abgespielt hat, ist eine Schande für unsere Stadt. Raketen auf Kopfhöhe gegen Polizisten, Pflastersteine und Glasflaschen gegen Einsatzkräfte, brennende Container und massiv beschädigte Polizeifahrzeuge. Ein Polizist wurde verletzt. Der Sachschaden geht inzwischen in die Hunderttausende.

Und was ist die Konsequenz? Wir kennen das politische Schauspiel: Kaum wird nach solchen Ausschreitungen konsequentes Durchgreifen gefordert, beginnt bei den Linken das grosse Relativieren. Plötzlich ist von gesellschaftlichen Ursachen, fehlenden Freiräumen und angeblichen Provokationen die Rede. Für die Täter findet man Erklärungen. Für die angegriffenen Polizisten bleiben oft nur warme Worte.

Das ist keine differenzierte Politik. Das ist eine gefährliche Verdrehung der Prioritäten!

Wer Raketen auf Polizisten abfeuert, verdient keine Nachsicht. Wer Steine wirft und öffentliche Infrastruktur verwüstet, darf nicht zum Opfer der Umstände umgedeutet werden. Wer zuerst nach Entschuldigungen für die Täter sucht, statt Gewalt unmissverständlich zu verurteilen, setzt falsche Prioritäten.

Wie schnell die Lage ausser Kontrolle geraten kann, sieht man derzeit in Frankreich.

Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, wie schnell Gewalt im öffentlichen Raum eskalieren kann. Solche Zustände wollen wir in Zürich nicht. Wer Gewalt nicht im Keim erstickt, riskiert, dass sie sich ausbreitet und immer weiter eskaliert!

Der Rechtsstaat ist kein Wunschkonzert. Gesetze gelten für alle: auch für linksautonome Kreise, selbst ernannte Aktivisten und jene, die ihre politische Überzeugung als Freipass für Gewalt betrachten. Wer aus ideologischen Gründen mit zweierlei Mass misst, untergräbt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat.

Die SVP-Fraktion fordert deshalb unmissverständlich: Die Verantwortlichen müssen identifiziert, strafrechtlich verfolgt und im Rahmen des geltenden Rechts konsequent bestraft werden. Unsere Polizei braucht genügend Personal, wirksame Ausrüstung und die volle politische Rückendeckung, wenn sie gegen Gewalttäter vorgeht.

Wir wollen keine Sonntagsreden über Respekt gegenüber der Polizei. Wir wollen Taten. Wir wollen eine Politik, die Sicherheit nicht bloss predigt, sondern durchsetzt.

An die politischen Verharmloser richten wir deshalb eine klare Botschaft: Hören Sie auf, für Gewalttäter Ausreden zu suchen! Hören Sie auf, den Rechtsstaat mit Ihrer Beschwichtigungspolitik zu schwächen und die Geduld der Bevölkerung mit Ihrer Doppelmoral zu strapazieren!

Die SVP steht auf der Seite der Bevölkerung, auf der Seite von Recht und Ordnung und auf der Seite unserer Polizei. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er die Ausschreitungen unmissverständlich verurteilt, die Polizei vorbehaltlos unterstützt und vor allem aufzeigt, welche konkreten Massnahmen er ergreift, um solche Gewaltexzesse künftig zu verhindern.

Wer unsere Polizei angreift, greift unseren Rechtsstaat an. Wer solche Angriffe verharmlost, macht sich politisch mitschuldig an einer Kultur des Wegschauens. Damit muss Schluss sein!

Wer unseren Rechtsstaat angreift, muss mit harten Konsequenzen rechnen.
Bild: Adobe Stock

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Turbulente Zeiten fordern eine klare Marschroute

Die Polizeiaffäre, eigentlich eine Stadtrataffäre, fordert die SVP/EDU-Fraktion mit der Besetzung von zwei Sitzen in der PUK. Die mögliche Realisation eines fahrzeugbefreiten Stadtzentrums und damit einer ersten gesperrten Strasse im Zentrum machte einen Stimmrechtsrekurs und ein Referendum notwendig. Der Fraktionspräsident wurde für das Amt des Oberstufenschulpräsidenten gewählt, Ersatz in Form eines neuen Gemeinderates und Fraktionspräsidenten bringt zusätzliche Arbeit für die Fraktion.

Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Die Polizeiaffäre in Uster, welche im Grunde ein Totalversagen von Usters Exekutive, vor allem von Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP), ist, bewegt nicht nur die Bevölkerung, sondern auch den Ustermer Gemeinderat. Der Stadtrat wusste bereits vor den Wahlen, dass so einiges im Argen ist, trotzdem liessen sich die wiedergewählten Exekutivpolitiker mir nichts dir nichts feiern und gingen selbstbewusst zur Tagesordnung über. Schliesslich wurde mit dem Polizeikommandanten das Bauernopfer gefunden und mit seiner Entlassung eine wunderbare Symbolpolitik betrieben. Die SVP/EDU-Fraktion hatte so dann auch klare Aufarbeitung und Klärung und hierzu eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) gefordert. Eine Mehrheit des Gemeinderats unterstützte diese Forderung. Aktuell arbeitet die Geschäftsleitung (GL) des Gemeinderats Uster einen Vorschlag zur Organisation der PUK aus, welcher dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt wird. Für uns bedeutet es nun, intern zu bestimmen, wer von uns die wahrscheinlich zwei zur Verfügung stehenden Sitze inklusive den des PUK-Präsidiums besetzt. Die PUK wird herausfordernd sein für deren Mitglieder, jeder Gemeinderat ist mindestens in einer Sachkommission und daneben teilweise noch in der RPK oder der GL, nun stösst noch eine weitere Kommission dazu und richtige SVPler arbeiten ja auch sonst noch!

Ein attraktives Stadtzentrum

Der nicht wiedergewählte Stadtrat Stefan Feldmann (SP) hinterliess als ehemaliger Bauvorstand noch so einige Leichen. So wurde an der letzten Gemeinderatssitzung die Weisung über das «Attraktive Stadtzentrum» behandelt. Ein Projekt aus der Hand eines «ohne Auto lebenden, nur Velo und ÖV fahrenden» Mannes. Dabei handelt es sich um ein autofreies Projekt auf der Webern- und Gerichtsstrasse, auf Kosten der Parkplätze vor der Post, mit unglaublich teuren Sitzmöglichkeiten und neu gepflanzten Bäumen. Diese jedoch nur an den Strassenrändern. Auf beiden Strassen muss weiterhin für Private, Lieferdienste (Gewerbe) sowie für die Blaulichtorganisationen die Durchfahrt möglich sein, somit wird die Strasse nicht verschwinden und ihren ursprünglichen Zweck behalten, nur nicht für den normalen Bürger, der mit seinem Auto ohnehin schon vieles quersubventioniert!

Die Krone setzte dem Ganzen das Stimmverhalten unserer kleinen Schwesterpartei auf. Die FDP war wieder einmal auf einem Irrweg. Sie preschte in linkem Gehorsam vor und schlug einen Änderungsantrag vor, welcher ca. 80 Prozent der ursprünglichen Weisung erfüllte, nämlich die Sperrung der Gerichtsstrasse in einer ersten Etappe und nach Ausarbeitung eines «Verkehrskonzeptes» für das Zentrum allenfalls die Webernstrasse in einer zweiten Etappe. Mit der «Rettung» der Parkplätze vor der Post meinte die FDP, wie gut sie sei, und bezeichnete sich als Kompromiss-Bringer, im Grunde war man nur zu bequem, um das Referendum zu ergreifen. Ich bezeichnete die FDP in meiner Rats-Replik als Steigbügelhalter der Linken und im Nachhinein würde ich die FDP Uster als frei von Sinnen bezeichnen!

Der Schreibende hat daraufhin mit Parteikollege Markus Zoller und Gemeinderat Paul Stopper sowie weiteren SVP-Parteimitgliedern und verärgerten Bürgern von Uster einen Stimmrechtsrekurs beim Bezirksrat eingereicht. Die Weisung wurde durch die Ratsdebatte respektive die Anträge stark verändert und unserer Meinung nach ist sie nicht zulässig. Weil bei solchen Stimmrechtsrekursen die Erfolgsaussichten nie glasklar sind, wurde zudem nach amtlicher Publikation mit dem Sammeln von Unterschriften für ein Referendum begonnen. Die Frist läuft bis zum 15. November, es sind 400 Unterschriften notwendig, damit das Volk über das knapp vier Millionen Franken teure «Attraktive Stadtzentrum» das letzte Wort hat. Sammelbogen können beim Schreibenden bezogen werden.

Wahlen der Sekundarschulpflege Uster

Ueli Schmid ist neu in die Sekundarschulpflege und zugleich zu deren Präsidenten gewählt worden. Ein grosser politischer Erfolg für die SVP Uster! Wir freuen uns sehr, mit Ueli künftig

«Die Polizeiaffäre ist ein Totalversagen von Usters Exekutive.»

das Präsidium dieser wichtigen Behörde zu stellen und Verantwortung für unsere Schule zu übernehmen. Ebenso freuen wir uns über die Wiederwahl von Maggie Bucher. Mit ihrer Erfahrung sorgt sie für Kontinuität und setzt ihr Engagement für unsere Sekundarschule fort.

Im Fall von Ueli bedeutet seine Wahl das Ausscheiden aus dem Gemeinderat und damit die Abgabe des Fraktionspräsidiums sowie des KPB-Präsidiums (Kommission Planung & Bau). Für Ueli wird Marco Beerstecher nachrücken. Marco ist Präsident der Jungen SVP Sektion Oberland-See und ein engagiertes SVP-Mitglied – wir freuen uns auf Dich!

Den Fraktionspräsidenten-Stab weiterzugeben und ein neues Fraktionsmitglied aufzunehmen und einzufuchsen sowie ein Kommissionspräsidium neu zu besetzen sind neben PUK und Referendum fordernde Aufgaben. Die SVP/EDU-Fraktion wird nicht nur diese meistern, sie wird auch die Budgetdebatte mit der notwendigen Klarheit und Härte bestreiten und mit Blick auf die Kantonsratswahlen vom 4. April 2027 diese vorantreiben. Auf Ihre Unterstützung zählen wir, die SVP braucht es, gestern, heute und in Zukunft. Für Uster, für den Kanton Zürich, für die Schweiz!

In Uster ist politisch vieles los. Bild: Adobe Stock

FESTAKT IM WEINLAND

Armut herrschte auch im Stammertal

Den kleinen Festakt für die Enthüllung der Plakette am ehemaligen Gasthof «Krone», welche an das Bettelverbot im Weinland erinnert, nutzte Gemeindepräsident Martin Farner-Schmid auch für einen geschichtlichen Rückblick.

RoMü. Vom 16. bis 18. Jahrhundert herrschte fast überall grosse Armut und Bettelnde zogen durchs Land. Dies wurde immer mehr als Plage empfunden, was um 1880 zu einem Verbot der Bettelei durch die drei Talgemeinden führte. Bettelnden wurde aber zugestanden, dass sie kostenlos in der «Krone» in Unterstammheim eine warme Mahlzeit einnehmen und ein Nachtlager beanspruchen durften. Die entsprechenden Kosten übernahmen die Gemeinden. 1885 erkannten die Weinländer Gemeinden den ausgewiesenen Bedarf eines gemeinsamen Handelns und riefen einen entsprechenden Fonds ins Leben, um dieses Angebot gemeinsam zu finanzieren. So wurde diese durchaus als Sozialhilfe zu verstehende Unterstützung nebst der «Krone» auch im «Ochsen» in Trüllikon, «Rössli» in Marthalen und «Hirschen» in Uhwiesen und «Engel» in Flaach angeboten.

Gemeindepräsident Martin Farner-Schmid enthüllt die Plakette, welche an das Bettelverbot erinnert. Bild: zVg

In Unterstammheim wohnten rund 80 Gäste dem Festakt um die Mittagszeit bei, wo die Tafel an der «Krone» durch Gemeindepräsident Martin Farner-Schmid enthüllt und die Suppe im Gemeindesaal in Unterstammheim ausgegeben wurde. Gemäss Farner-Schmid wurden bis zu 2000 Mahlzeiten pro Jahr abgegeben. Nach dem Ersten Weltkrieg sank der Bedarf aber stark und versiegte nach dem Zweiten Weltkrieg ganz. In den letzten Jahrzehnten schlummerte der Fonds, welcher vom Verband der Gemeindepräsidenten im Bezirk Andelfingen gehütet wird, als kleines Vermögen über die Jahre hinweg in den Büchern des Vereins und weist einen Stand von rund 55 500 Franken auf. Die nicht mehr vorhandene Zweckbestimmung für die Verwendung dieser Gelder hat nun zur Auflösung dieses Fonds geführt. Mit der Gratisabgabe von Suppe und Wein samt Glas für die Bevölkerung und den sechs Erinnerungstafeln wurde nun die Auflösung vollzogen.

Auch das Stammertal litt

Martin Farner-Schmid zeigte in seiner kurzen Rede vor der Enthüllung der Plakette auf, dass dazumal im 19. Jahrhundert die Armut in der Bevölkerung im Tal durchaus auch vorhanden war. Viele kinderreiche Familien konnten kaum selber überleben und ihre Kinder wurden oftmals verdingt. Nach deren Konfirmation verliessen viele von ihnen mit einem kleinen Batzen der Gemeinde im Sack oftmals auch unfreiwillig ihre Heimat und suchten in der neuen Welt in Übersee ihre neue Zukunft. Auch Farner-Schmids Vorfahren waren von diesen Entwicklungen betroffen. Die Auswanderung von Urahnen seiner Schwiegereltern nach Amerika – in den Süden, nahe der mexikanischen Grenze – und das dort in einer Mine verdiente Geld ermöglichten es der Familie, durch hartes Sparen 1892 die Liegenschaft zu kaufen, in der sie heute noch wohnt. «Während fünf Jahren hatte der ausgewanderte Familienvater regelmässig Geld auf die Zürcher Kantonalbank nach Winterthur überwiesen, welches dann für den Kauf dieser Liegenschaft eingesetzt wurde», sagte Farner-Schmid.

Doch um 1880 rollte, ausgelöst vom Bahnbau 1875, eine zweite Armutswelle durch das Stammertal. Gepackt und begeistert von den hochfliegenden Eisenbahnprojekten wurden auch die liberalen Kräfte im Stammertal aktiv. Farner-Schmid sprach gar von einem Eisenbahnfieber. Sie hatten den Glauben an die neue Bahnlinie und wollten auch den möglichen, mit der neuen Bahn verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung nicht verpassen und von ihm profitieren. Dies führte dazu, dass sich die beiden Gemeinden Unter- und Oberstammheim mit je 150 000 Franken am Aktienkapital und weiteren je 37 500 Franken als Nachsubventionsanleihen beteiligten. Der Bahnboom brachte weitere Gaststätten ins Tal. «In der Folge entstanden die vier Wirtschaften ‹Adler›, ‹Grütli› und ‹Bahnhof› in Unterstammheim sowie in Guntalingen der ‹Hirschen›», führte Farner-Schmid aus. Doch mit dem finanziellen Niedergang der Nationalbahn drei Jahre später stürzte das Tal samt den beiden Gemeinden Ober- und Unterstammheim in grosse finanzielle Nöte. Diese Chance nutzte die Nordostbahn (NOB) und erwarb das Unternehmen aus der Konkursmasse zu 12,4 Prozent der Bau- und Betriebsmittelkosten. «1880 wurde ein Jahr der grossen Depressionen im Tal. In der Folge musste jedes dritte Haus im Tal als Folge eines Konkurses verkauft werden», hielt Farner-Schmid rückblickend fest.

ZUM EU-PAKET

Die EU-Organe kennen den Ortsgebrauch nicht

Das schweizerische Recht kennt den Begriff des Ortsgebrauchs. Es handelt sich nur oberflächlich um eine Kleinigkeit. Bewahren wir den Ortsgebrauch. Er erlaubt Rücksichtnahme auf die konkreten Verhältnisse. Gerechte Lösungen werden durch ihn ermöglicht.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Die Beachtung der Ortsüblichkeit verdanken wir vorab Professor Eugen Huber, dem Schöpfer des Zivilgesetzbuches (ZGB) von 1912. Er war der Sohn des Dorfdoktors von Oberstammheim. Das ZGB arbeitete er in Ruhe auf dem Schlösschen Wyden bei Ossingen im Zürcher Weinland aus. Die Bodenhaftigkeit von Eugen Huber durchdringt noch heute unser Privatrecht. Das ist eine Garantie dafür, dass die Realität unseres Lebens berücksichtigt wird. Erlaubt Gesetzes- oder Vertragsrecht keine klare Lösung, so greift der Ortsgebrauch. Bewahren wir denselben.

Das EU-Recht und die EU-Organe kennen weder Begriff noch Inhalt des Ortsgebrauchs. Die sogenannte dynamische Rechtsübernahme wird den schweizerischen Ortsgebrauch wegrasieren. Nur eine Ablehnung des EU-Paketes wird diesen retten.

Viele Beispiele

Ortsgebrauch – im wirtschaftlichen Bereich oft Handelsbrauch genannt – spiegelt die partikulären, regionalen und der Realität dienenden Grundsätze des schweizerischen Rechts. Wenn z.B. infrage steht, ob der Baulärm übermässig ist, entscheidet der Ortsgebrauch. Dieser wird auch beigezogen, wenn die Selbstbewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes streitig ist. Er spielt auch eine Rolle bei der Festlegung einer Enteignungsentschädigung. Ist bei einem Vermögensverwaltungsvertrag die Retrozession bzw. deren Höhe umstritten, hilft der sogenannte Handelsbrauch. Der Ortsgebrauch bestimmt auch die Kündigungstermine von Wohn- und Geschäftsräumen, falls keine klare Vertragsregelung vorhanden oder nachweisbar ist. Im Erbrecht wird sodann bei der Erbteilung die Zuteilung der Gegenstände, wenn keine testamentarischen Anordnungen bestehen, häufig nach dem Ortsgebrauch entschieden. Die Beispiele liessen sich fast unendlich vermehren.

Folgerungen

Der Ortsgebrauch dient der Freiheit. Dank ihm können der Realität entsprechende Lösungen gefunden werden. Diese erlauben die Beachtung von unterschiedlichen Anschauungen in den Regionen und in den Kantonen, ja in den Landstrichen und in den einzelnen Tälern unseres vielfältigen Landes. Letztlich handelt es sich um einen Aspekt der Gerechtigkeit und letztlich der Menschlichkeit. Seien wir uns dessen als Stimmbürgerin und als Stimmbürger bewusst: Es steht viel auf dem Spiel!

In der Brüsseler Bürokratiezentrale ist der Ortsgebrauch ein Fremdwort. Bild: Pixabay

LESERBRIEF

NEIN zur Mehrwertsteuer-Erhöhung

Im Dezember 2026 wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt. Dazu gilt es, die Finanzierung zu regeln. Das ist in diesem Jahr ein Betrag von 4,12 Milliarden Franken. Dafür will die Mehrheit von Mitte-Links die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte erhöhen. Ist das der richtige Weg? In meinen Augen ist es ein falscher Entscheid. Er führt zu einer Mehrbelastung der gesamten Bevölkerung, trifft insbesondere Familien und die weniger gut Situierten. Zudem schwächt diese vorgesehene Mehrbelastung auch das Gewerbe sowie die gesamte Wirtschaft. Dadurch würden Arbeitsplätze gefährdet. Stets neue Steuern zu erheben und gleichzeitig bei der Bevölkerung abzukassieren, führt zu keiner tragbaren Lösung. Der Bund verteilt jährlich Milliarden ins Ausland; unter anderem für Entwicklungshilfen und das Asylwesen, statt endlich den Sparhebel insgesamt anzusetzen. Unser Staat ist in der Lage zu sparen – er muss es eben nur wollen und tun. Am 29. November 2026 werde ich zu dieser unsozialen Mehrwertsteuer-Erhöhung ein klares NEIN in die Urne legen.

Kurt Streil-Marti, Diessenhofen

**Ausblick auf das Wahljahr 2027:
Herausforderungen für Zürich und die Schweiz**

Martin Hübscher, Nationalrat SVP
(Regierungsratskandidat)

Martin Huber, Kantonsrat FDP
(Regierungsratskandidat)

Gregor Rutz, Nationalrat SVP
(Vizepräsident Staatspolitische Kommission)

Leitung:
Sibylle Lehner, Präsidentin SVP Zollikon
(Kantonsratskandidatin)

Mittwoch, 4. November 2026, 20.15 Uhr
Ref. Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, 8702 Zollikon

Informieren Sie sich aus erster Hand über die aktuellen Herausforderungen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene.

Alle sind herzlich eingeladen, auch Nichtmitglieder!

svp-zollikon.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 3. November 2026, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Mauro Tuena und Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Bezirk Bülach/Embrach
Mittwoch, 25. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindehaussaal, Dorfstrasse 9, Embrach, mit den Nationalräten Gregor Rutz, Benjamin Giezendanner und Franz Grüter.

Bezirk Bülach/Opfikon
Freitag, 6. November 2026, 18.00 Uhr, Herbstanlass, Hilton Zurich Airport, Hohenbühlstrasse 10, Opfikon, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anmeldung an svp@svp-opfikon.ch.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Dielsdorf/Wehntal
Freitag, 6. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Chlupfwiesstrasse 1A, Oberweningen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Benjamin Fischer und Martin Hübscher. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Dienstag, 3. November 2026, 19.00 Uhr, Wahlanlass, Hosti-Saal, Huebwiesenstrasse 36, Geroldswil, mit den Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker sowie Nationalrat Martin Hübscher. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oetwil-geroldswil.ch.

Bezirk Meilen/Hombrechtikon
Montag, 26. Oktober 2026, 18.00 Uhr, Anlass gegen den EU-Vertrag, Gemeindesaal Blatten, Bahnweg 6, Hombrechtikon, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Meilen/Zollikon
Mittwoch, 4. November 2026, 20.15 Uhr, Sessionsrapport & Ausblick auf das Wahljahr 2027: Herausforderungen für Zürich und die Schweiz. Informieren Sie sich aus erster Hand über die aktuellen Herausforderungen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit Nationalrat Martin Hübscher, Nationalrat Gregor Rutz und Gemeinderätin Sibylle Lehner.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Donnerstag, 19. November 2026, 19.00 Uhr, SVP bi de Lüüt, Gasthaus Löwen, Blitterswilerstrasse 1, Saland, mit Nationalrätin Therese Schläpfer, Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Dienstag, 27. Oktober 2026, 17.30 Uhr, Jassturnier, Dänus Lounge, Seestrasse 27, Pfäffikon, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer. Kosten: 25 Franken. Anmeldung unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 23. Oktober 2026, 18.30 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Rotblatt 8, Esslingen. Kosten: 36 Franken. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-moenchaltorf.ch.

Bezirk Uster/Uster
Samstag, 21. November 2026, 11.00 Uhr, Fondueplausch, Forsthaus, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Bruno Walliser. Anmeldung an daniel.schnyder@svp-uster.ch.

Bezirk Winterthur/Dinhard
Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Pizzaessen und Parolenfassung, Restaurant Bahnhof Fratelli, Seuzacherstrasse 108, Dinhard, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Alt Nationalratspräsident Jürg Stahl.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 31. Oktober 2026, 09.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg beim Kiosk, Zürich-Höngg.

Samstag, 7. November 2026, 09.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz beim Migros, Wipkingen.

Samstag, 14. November 2026, 09.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg beim Kiosk, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 24. Oktober 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

Freitag, 30. Oktober 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Samstag, 7. November 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

Samstag, 21. November 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 13. November 2026, 18.00 – 22.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Allmendstrasse 5, Regensdorf, mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Festwirtschaft.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Öffentlicher Informationsanlass zum EU-Vertragspaket:

Nichts mehr zu sagen!
Unterwerfen!
Zahlen!

Magdalena Martullo-Blocher

Ort: Keller+Hess AG, Allmendstrasse 5, Regensdorf ZH

Datum: Freitag, 13. November 2026, 19:30 Uhr, Türöffnung 18.30 Uhr

Programm

- Türöffnung, Betrieb Festwirtschaft mit Verpflegungsmöglichkeit und musikalischer Begleitung
- Begrüssung durch **Raphael Albrecht,** Präsident SVP Regensdorf und **Tobias Weidmann**, Fraktionspräsident SVP ZH
- Referat von **Magdalena Martullo-Blocher,** Nationalrätin GR und Unternehmerin EMS-Chemie AG
- Gesprächsrunde über Auswirkungen des EU-Vertrags unter Leitung von **Anita Borer,** fürschi GmbH
  - **Martin Hübscher,** Nationalrat und Meisterlandwirt
  - **Rudi Bindella,** Gastrounternehmer
  - **Barbara Steinemann,** Nationalrätin und Juristin
  - **Andreas Keller,** VR-Präsident und Geschäftsleiter Keller+Hess AG,
- Fragen aus dem Publikum
- Fazit, Schlusswort und Dank durch **Benjamin Fischer,** Nationalrat

Martin Hübscher

Rudi Bindella

Barbara Steinemann

Andreas Keller

Es laden ein:
SVP Kanton Zürich
SVP Regensdorf

Alle sind eingeladen!

unterwerfungsvertrag.ch

SVP-Polit-Apéro

SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich zu unserem politischen Diskussions-Forum ein.
Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 30. Oktober 2026, ab 18^{00} Uhr mit

Mauro Tuena
Nationalrat SVP

EU Unterwerfungsvertrag Teil 2

Ort: Restaurant Bürgli
Seebacherstrasse 65
8052 Zürich

Programm: ab 18^{00} Uhr Eintreffen
18^{15} Uhr Referat
18^{45} Uhr Fragen und Diskussion
19^{15} Uhr geselliges Beisammensein

Mehr Schweiz